

Einzelne wöchentlich... „Der Weltspiegel“, „Wochenblatt“, „Jede Woche Musik“...



Verkaufsstellen und Abonnements-Verhältnisse in Berlin: Hauptpostamt SW 19, Schulze...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 595 Ausgabe für Berlin 56. Jahrgang Sonnabend, 17. Dezember 1927

Der neue Bericht Parfer Gilberts.

Ist Deutschland überschuldet?

von M. J. Bonn.

Man kann die Frage, ob Deutschland überschuldet ist oder nicht, vom statistischen Standpunkt aus prüfen.

Wenn trotzdem Warnungen von außen ergangen sind, so darf man e. mal nicht vergessen, daß — rein schematisch — der Normalwert der jährlichen Dawes-Zahlungen bei einer fünfprozentigen Verzinsung einer Auslanderschuldung von 40 bis 50 Milliarden Goldmark entspricht.

Das Leberweiserungsproblem, das Deutschland zu lösen hat, ist nur durch seinen politischen Charakter und vielteilig durch die Größe der in Betracht kommenden Summen neu. Als Problem ist es alt.

Die deutsche Reparationsföndung wird durch Einzahlung von Jahresraten auf das Konto des Reparationsagenten abgetragen. Eine Zahlungseinstellung des Reiches ist nicht möglich.

Man wird dann praktisch die privaten Anleihen nicht notwendig lassen. Wenn sie einigermaßen zweckmäßig verwendet worden sind, haben sie die Basis für die Dawes-Zahlungen verbreitert.

In einem geordneten Staatswesen helfen Länder- und Gemeindeanfragen vom Standpunkt des Gläubigers aus eine bessere Anlage dar als die Anleihen von Privatunternehmungen.

Die Reparationsleistung wird durch Besteuerung Kaufkraft an das Ausland überleiten und im Inland durch Drohung der Nachfrage ein niedrigeres Preisniveau und erleichterte

Endziel: Feste Reparationssumme.

Die Vertrauensbasis geschaffen.

Entgegenkommendere Formulierungen des Berichts. — Das System des Transferschuhes. — Reichsbahnfinanzierung und Prioritätsfrage. — Eisstragen und Ansehensbedürfnisse.

Die briefliche Auseinandersetzung zwischen dem Reparationsagenten und dem Reichsfinanzminister, die vor einigen Wochen stattfand, hat seinerzeit großes Aufsehen erregt.

Heute Urteil im Krensdorfer Prozeß.

Zuchhausanträge gegen beide Angeklagten Schmeller. (Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

W. K. Frankfurt a. d. Oder, 16. Dezember. Der Oberstaatsanwalt Dr. Rothke stellte heute am Schluß seiner Anklagerede die Strafanträge.

Nach dem Plaidoyer des Rechtsanwalts Juliusberger zog sich das Gericht zur Beratung zurück und verurteilte dann, daß der Antrag auf Verhaftung Paul Schmellers abgelehnt wird.

Bei welchem doch die Grundlage für eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage bildet. Der letzten erschienenen Jahresbericht des Reparationsagenten für das dritte Reparationsjahr zeigt jedoch ersichtlich, daß der Meinungsaustausch mit seinen zeitweiligen Schritten tatsächlich nicht zu einer Verständigung der Beziehungen geführt, sondern eine ersichtliche Klärung der Lage herbeigeführt hat.

Dementsprechend ist übrigens der gesamte Ton des Berichts nicht nur sehr viel verbindlicher als der des Memorandums, das ursprünglich nicht für die Veröffentlichung bestimmt war.

Ausführungsmöglichkeiten herbeiführen. Auslandsanleihen wirken diesem Mechanismus der Kaufkraftschmälerung und der Preiserminderung vorübergehend entgegen.

Das gilt aber nur, wenn es sich nicht um Preisfragen handelt. Bei deren Produktion wird der Preisfall erst eintreten, wenn ihre Unverfügbarmkeit zu gewinnbringenden Preisen erwiesen ist.

ist, daß die betreffenden Industrien nicht durch politische Maßnahmen ihrer Preise künstlich zu steigern vermögen.

Memorandum und Antwort sehr ausgiebig gibt, außerordentlich klar und an verschiedenen Stellen, wie sehr die deutsche Regierung bemüht ist, auf dem Gebiete der Finanzpolitik der Aufklärung der Ausgaben entgegenzutreten.

Der Weill des diesmaligen Berichts geht an besten aus den Sachverhältnissen hervor, über die vor bisher eingehender Referenzen wöhlen. Parfer Gilbert geht davon aus, daß der Sachverhältnisse gegen die Wirkungen übermäßiger Transferrmaßnahmen zu schützen und den Mächten zu gleicher Zeit das größtmögliche Maß von Transferrierung zu sichern.

Die deutsche Regierung hat die feierliche Erklärung abgegeben, daß sie alles tun werde, was in ihrer Macht stehe, um ihre Dawes-Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Reparationsföndung wird durch Einzahlung von Jahresraten auf das Konto des Reparationsagenten abgetragen. Eine Zahlungseinstellung des Reiches ist nicht möglich.

Man wird dann praktisch die privaten Anleihen nicht notwendig lassen. Wenn sie einigermaßen zweckmäßig verwendet worden sind, haben sie die Basis für die Dawes-Zahlungen verbreitert.

In einem geordneten Staatswesen helfen Länder- und Gemeindeanfragen vom Standpunkt des Gläubigers aus eine bessere Anlage dar als die Anleihen von Privatunternehmungen.

Die Reparationsleistung wird durch Besteuerung Kaufkraft an das Ausland überleiten und im Inland durch Drohung der Nachfrage ein niedrigeres Preisniveau und erleichterte

ist, daß die betreffenden Industrien nicht durch politische Maßnahmen ihrer Preise künstlich zu steigern vermögen.